

Stellungnahme des Bürgermeisters zur DS 118/2015

Im Hauptausschuss am 23.11.2015 habe ich auf die Frage, wie der Bürgermeister zur DS 118/2015 steht, auf die im Haushaltsplan 2016 von der Verwaltung eingearbeiteten Brandschutzmaßnahmen verwiesen. Nach nochmaliger gemeinsamer Prüfung mit dem Kämmerer stellt sich die Situation der Stadt Prenzlau im Investivbereich folgendermaßen dar: Aus dem Jahr 2008 existiert ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu einer notwendigen Baumaßnahme Rohrteich. Die Straßenbaumaßnahme ist in drei Abschnitten mit jeweils 300.000 Euro Kosten pro Abschnitt, also einer Gesamtsumme von rund 900.000 Euro zu veranschlagen.

Weiterhin dringenden Sanierungsbedarf gibt es in der Freyschmidtstraße sowie der Winterfeldtstraße. Die Kosten liegen hier, inklusive des zusätzlichen Hochwasserschutzes, bei rund 2 Millionen Euro.

Ebenfalls auf der Liste der notwendigen Straßenbaumaßnahmen stehen die Heinrich-Heine-Straße mit ca. 900.000 Euro, Geschwister-Scholl-Straße mit ca. 880.000 Euro und die Brüssower Straße mit rund 800.000 Euro.

Weitere notwendige Investitionen sind für Brandschutzmaßnahmen an der Artur-Becker-Grundschule und der Oberschule mit Grundschulteil „Carl Friedrich Grabow“ sofort erforderlich. Geschätzte Kosten: 3 Millionen Euro. Ein neues Dach benötigen wir nach dem Sturm in dieser Woche bei der Pestalozzi-Grundschule in absehbarer Zeit.

Bleiben wir bei der Bildung: hier sind drei bis fünf zusätzliche Erzieherstellen ohne Gegenfinanzierung des Landes erforderlich und es müssten dringend mehrere Einzelfallhelfer eingestellt werden. Wir sprechen dabei von jährlichen Kosten für die Stadt in Höhe von etwa 200.000 Euro.

Gehen wir perspektivisch davon aus, dass Inklusion auch für die Diesterweg-Grundschule, die Pestalozzi-Grundschule sowie an der Artur-Becker-Grundschule thematisiert werden soll, sind weitere erhebliche Investitionen notwendig, um die entsprechenden Voraussetzungen baulicher Art zu schaffen.

Die notwendige Investition am Gymnasium würde mit der einfachen Variante, also mit Brandschutz, Dach und ggf. Sonnen- bzw. Wärmeschutz 1,5 Millionen Euro und mit einem zusätzlichen Fahrstuhl, ohne weitere umfassende Inklusionsmaßnahmen, insgesamt mindestens 2 Millionen Euro kosten. Dies hat eine Beratung am Montag dieser Woche ergeben. Die dann noch fehlenden Inklusionsmaßnahmen müsste die

Stadt zusätzlich tragen, da das Land uns bei den meisten Investitionen allein lässt bzw. eine Förderung nur einen geringen Teil der Investition abdecken wird.

Wenn sich die Stadt Prenzlau dafür entscheidet, das Gymnasium an den Landkreis anzugeben, entfallen diese benannten Investitionskosten, die dann vom Kreis getragen werden müssen. Gleichzeitig schlägt eine Einsparung von jährlich bis zu 200.000 Euro zu Buche, da der Einbau des Fahrstuhls und die Brandschutzmaßnahmen Folgekosten in Form von Wartungsverträgen nach sich ziehen würden. Hinzu kommen zusätzliche Abschreibungen und jährliche Betriebskostensteigerungen. Gleichzeitig trägt der Landkreis durch die Einmietung in die Uckerseehalle, die als Mehrzweckhalle bei der Stadt verbleibt, zur Kostenreduzierung bei.

Erschwerend für die Haushaltssituation der Stadt Prenzlau kommt hinzu, dass ab 2019 nicht klar ist, ob die Stadt vom Land noch die derzeit ca. 900.000 Euro Investitionszulage bekommt. Gleichzeitig aber führen wir bereits jetzt einen weitaus höheren Betrag an den Landkreis Uckermark ab, als wir als allgemeine Schlüsselzuweisung vom Land erhalten.

Weiterhin schafft es die Stadt derzeit und ohne größere Haushaltskonsolidierung auch absehbar nicht, aus dem Ergebnishaushalt den Finanzhaushalt aufzustocken und mit liquiden Mitteln zu versorgen, um investieren zu können.

Um dies perspektivisch aber abzusichern, ist also eine Haushaltskonsolidierung notwendig. Über diese reden wir bereits seit drei Jahren.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, dass es bislang erklärtes Ziel ist, die Konsolidierung ohne weitere Steuererhöhungen zu schaffen. Dies, davon gehe ich aus, ist Konsens.

Wenn also eine Entscheidung zum Gymnasium getroffen werden muss, dann jetzt, bevor Millionen Euro durch die Stadt investiert werden, ohne dass das große Ziel einer umfassenden Sanierung gemäß Wettbewerbsergebnis erreicht werden kann.

Um möglichst eine große Mehrheit zu erlangen, schließe ich mich deshalb nach gründlicher Abwägung dem Antrag der Bürgerfraktion und der Fraktion „Wir Prenzlauer“ an und stimme der Abgabe des Gymnasiums an den Träger Landkreis zu. Dadurch wird Prenzlau auch in den nächsten Jahren finanziell unabhängig bleiben und in die Lage versetzt, die benannten dringend notwendigen Maßnahmen für die Einwohnerinnen und Einwohner umsetzen zu können.

Hendrik Sommer

Bürgermeister